



SPREEREBELL

„Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“ K. Marx

ZEITUNG DER DKP FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG

➤ NOVEMBER 2013

ANDRÉ M. VOR ZWANGSRÄUMUNG

*Unrechtmäßige Nebenkosten
werden zum Anlass genommen*



→ In der Skalitzer Straße im Wrangelkiez droht eine Zwangsräumung! Am 6. 11. begleiteten 40 solidarische Menschen und das Bündnis »Zwangsräumungen verhindern« André M. bei seinem Prozess am Amtsgericht Mitte. Auch wenn ein endgültiges Urteil noch aussteht: André soll aus seiner Wohnung, weil er unrechtmäßig erhobene Nebenkosten nicht bezahlt hat. Was mit ihm passiert, ist dem Senat und dem Vermieter scheinbar egal.

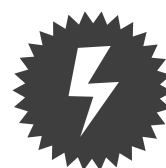
Bisheriger trauriger Höhepunkt der Zwangsräumungspraxis ist der Tod der Rentnerin Rosemarie F. im April 2013 zwei Tage nachdem sie aus ihrer Wohnung geschmissen worden war. Bereits Februar 2013 sorgte ein riesiges Polizeiaufgebot dafür, dass

die Kreuzberger Familie Gülbol aus ihrer Wohnung in der Lausitzer Straße 8 vertrieben wurde – obwohl alle Rückstände beglichen waren und AnwohnerInnen und SympatizantInnen massiv gegen den Rauswurf protestiert hatten.

Wie bei Familie Gülbol hat auch Andrés Fall einen lächerlichen Anlass: Weil er sich weigerte, für eine fehlerhafte Nebenkostenabrechnung aus dem Jahr 2007 Nachzahlungen zu leisten, bekam er 2011 die fristlose Kündigung von seinem Vermieter, Rechtsanwalt Dr. Thomas Wolter aus Berlin-Nikolassee. Dabei ging es um 190 Euro.

Hausbesitzer und Immobilienunternehmen haben kein Problem damit, Anwälte für ihre Interessen

➤ Fortsetzung Seite 2



ENERGIE-VOLKS- ENTSCHEID KNAPP GESCHEITERT

Es fehlten 0,9 %

Eine Rekommunalisierung der Berliner Stromversorgung ist am 3. November mit 24,1 Prozent Ja-Stimmen gescheitert. 25 Prozent wären nötig gewesen, es fehlten am Ende nur rund 21.000 Stimmen. Schuld ist der Senat von SPD und CDU, der eine Parallelabstimmung mit der Bundestagswahl verhindert hatte und vorher gegen den Volksentscheid agitierte. Ziel des Entscheids war es, ein öffentliches Stadtwerk zum Vertrieb von Strom aus ausschließlich erneuerbaren Energieträgern zu errichten. In dem Gesetzesvorschlag sollten auch Energiesparmaßnahmen, Sozialtarife sowie eine demokratische Mitbestimmung im Verwaltungsrat festgeschrieben werden.

Die Stromversorgung ist neben Wasser, Gas und öffentlichem Verkehr ein weiterer Bereich, der in private Hände gefallen ist. Allein in Berlin erzielte der Vattenfall-Konzern in den letzten Jahren einen Gewinn von 1,4 Milliarden Euro. Aufgrund des knappen Ergebnisses werden die Initiatoren des Berliner Energietisches weiter Druck auf den Senat ausüben. Unsere Unterstützung ist ihnen dabei sicher, wenn es heißt »Vattenfall den Stecker ziehen«.

O-TON

» Ich gehe davon aus, dass die Sicherheitsbehörden wissen, dass alle in der Bundesrepublik Deutschland vollständig abgehört werden. «

Hartmut Pohl, Professor für Informatik, im Deutschlandfunk am 27.10.2013

TERMIN-PINNWAND

➤ FR / SA, 15. / 16. NOVEMBER, 18.30 UHR

SIEMPRE ANTIFASCISTA-FESTIVAL

ORT: SO 36, Oranienstraße 190, Kreuzberg

➤ SA, 16. NOVEMBER, 11.00 UHR

»FRIEDENSPROZESS UNTERSTÜTZEN – PKK-VERBOT AUFHEBEN«

Bundesweite Demonstration
ORT: Alexanderplatz

➤ DI, 19. NOVEMBER, 19.00 UHR

»DER EUROPÄISCHE TRAUM UND DIE WIRKLICHKEIT«

Die Euro-Krise sät Zweifel an der Europäischen Union. Die bisherige Botschaft, die EU sei ein Friedensprojekt, wird angesichts weltweiter Kriege unter ihrer Beteiligung immer unglaubwürdiger. Welche Begründungen bieten sich statt dessen an? Buchpremiere mit dem Autor Andreas Wehr.

ORT: junge Welt-Ladengalerie, Torstraße 6, Berlin-Mitte

➤ SA, 23. NOVEMBER, 15.00 UHR

ANTIFA IN DIE OFFENSIVE!

Gedenkundgebung für Silvio Meier, den Friedrichshainer Antifaschisten, der am 21.11.1992 von Neonazis im U-Bahnhof Samariter ermordet wurde.

ORT: U5 Samariterstraße, Friedrichshain

➤ Fortsetzung von Seite 1

ins Rennen zu schicken. Das zahlen sie locker aus der Portokasse. Bei Erwerbslosen wie André sieht das ganz anders aus: Sie müssen erst Prozesskostenhilfe beantragen, um juristisch gegen Drangsalierungen vorgehen zu können, und bei einem verlorenen Prozess droht der finanzielle Ruin oder gar die Zerstörung der Existenzgrundlage – der Verlust der Wohnung. André hat, wie die übrigen Mieter auch, die Erfahrung gemacht, dass Wolter zwar fleißig immer höhere Mieten kassiert, ansonsten aber wenig Interesse am Haus hat. So zeigte sich der Verwalter z. B. bei Forderungen nach Reparaturen häufig unkooperativ: Nichts passierte.

VERSCHÄRFTES MIETRECHTSÄNDERUNGSGESETZ

Was 2007 noch kein Kündigungsgrund war, wurde jedoch mit dem Mietrechtsänderungsgesetz vom

Dezember 2012 zum Verhängnis für André. Darin wurden zahlreiche Verschärfungen durchgedrückt und „das halbe Zivilprozessrecht umgekrempelt“ – so die Berliner Mieter-Gemeinschaft. Nun reichen auch geringe Rückstände bei Nebenkosten für eine fristlose Kündigung. Die „Mietrechtsreform“ ist allerdings nur eine weitere Verschärfung der kapitalistischen Spielregeln in der BRD, wo Wohnraum wie jede andere Ware nicht den Menschen, sondern der Profitmaximierung dient. Die Mieter sollen gefügig gemacht, kämpferischen Mietern das Maul gestopft werden.

Die DKP Friedrichshain-Kreuzberg ist solidarisch mit André M.! Achtet auf Ankündigungen im Internet. ■

MEHR INFOS:

zwangsraeumungsverhindern.blogspot.de
www.bmgev.de



KEINE LIFE-STYLE-OASE

Erhalt des Tempelhofer Feldes

→ Bis zum 13. Januar 2014 sind 173.000 Unterschriften zu sammeln, um einen Volksentscheid auszulösen, der die Auslieferung des Feldes an Immobilienspekulanten stoppen kann.

Dass am Tempelhofer Feld bezahlbarer Wohnraum entstünde, ist politisches Blendwerk und ein finanzieller Schwindel. In Berlin gibt es kein Förderprogramm für sozialen Wohnungsbau mehr, seit der Senat 2003 den Ausstieg beschloss. Nach Wünschen von Baulobby und IHK sollen Steuergelder die Infrastruktur finanzieren, um Luxuswohn- und Gewerbekomplexe anzusiedeln. Das soll durch Verschönerung der aufgewerteten Flächen an Privatinvestoren wieder hereingeholt werden! Im Gegenzug gäbe es angeblich ein paar günstige Wohnungen in der Lifestyle-Oase. Selbst wenn

kommunale Gesellschaften etwas Boden aufkauften, müssten sie unter profitorientierten Wettbewerbsbedingungen ebenfalls übertriebene Wohnungen anbieten. Die »günstigsten« Mieten sollen bei über acht Euro/m² starten – oberhalb von Mietspiegel und Durchschnittseinkommen. Längerfristige Preisbindungen und Garantien für »Normal«- und Geringverdiener sind nicht vorgesehen. Das gesamte Umfeld würde für sie in wenigen Jahren zur No-Go-Area. Es geht nicht allein um das klimatisch wichtige Erholungsgebiet, das durch eine Randbebauung zerstört würde. Es geht auch darum, ein irrsinniges Luxusprojekt zu stoppen, das der Senat unter der Mogelpackung »Bündnis für bezahlbare Mieten« verkauft. ■

MEHR INFOS: www.thf100.de



LAMPEDUSA IST AM ORANIENPLATZ

Solidarität mit den Flüchtlingen – Kein Mensch ist illegal!

→ Seit nunmehr einem Jahr campieren Flüchtlinge in einem Protestcamp auf dem Oranienplatz. Sie kommen meist aus Afrika und dem Nahen Osten. Ihr Ziel ist es, hier einen Platz für ein menschenwürdiges Leben zu finden. Das jedoch haben sie noch nicht erreicht.

Politiker auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene schieben sich gegenseitig die Zuständigkeit zu. Unter anderem deshalb ist eine definitive Lösung nicht in Sicht. Die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) und der Senator für Gesundheit und Soziales Mario Czaja (SPD), haben zwar angekündigt, den Flüchtlingen im Winter eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen, aber deren Grundproblem ist damit nicht gelöst:

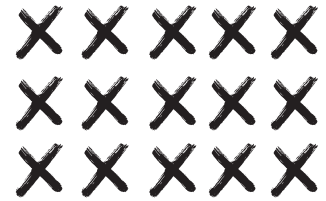
- Anerkennung aller Flüchtlinge und Gewährung von Asyl
- Aufhebung der Residenzpflicht
- Menschenwürdige Unterbringungen
- Arbeitserlaubnis und Gesundheitsversorgung
- Wiederherstellung des 1993 abgeschafften Asylrechts

Wir Kommunisten haben schon im letzten Winter unsere Solidarität gezeigt und Gasflaschen und Lebensmittel ins Refugee Camp gebracht. Damit ist es aber nicht getan. Es muss in

Berlin darüber aufgeklärt werden, warum Menschen sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen: Ausplünderung des Landes durch (deutsche) Konzerne bzw. Überschwemmung des Landes mit Waren zu unschlagbaren Preisen sind seit vielen Jahren die Regel. Imperialistische Kriege wie im Irak und in Libyen verschärfen die Situation weiter. Die Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen werden so zerstört.

Wenn dann die aus ihrer Heimat Vertriebenen hierher kommen und ihr Recht fordern, werden sie von den hiesigen Politikern missachtet und kriminalisiert. Darum unterstützt die DKP F'hain/Kreuzberg den Kampf der Flüchtlinge auf dem Oranienplatz und am Brandenburger Tor. Wir schließen uns ihren Forderungen an, denn ihr Kampf ist auch unser Kampf.

Um die Ursachen der Flüchtlingskatastrophe zu bekämpfen ist aber etwas Anderes nötig: Sofortiger Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, Schluss mit der Grenzabschottung durch FRONTEX. Wer Bischofssitze in Millionenhöhe bauen kann, der kann auch den Menschen in ihren Heimatländern helfen, ohne Hunger und ohne Krieg zu leben und eine Zukunft zu haben. ■



MASSIVE MITTELKÜRZUNGEN IM BEZIRK

SPD und Grüne streichen, was das Zeug hält.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg hat Mitte September den Doppelhaushalt für 2014/2015 beschlossen. Die Folgen sind massive Einschnitte im sozialen Bereich. Das Bürgeramt in der Schlesischen Straße wird ersatzlos geschlossen, zwölf Vollzeitstellen gestrichen. Dies bedeutet: längere Anfahrten und längere Wartezeiten. Erhalt und Pflege von Grünflächen und Brunnen werden massiv eingeschränkt. Das heißt: mangelnde Beleuchtung in Parks, stillgelegte Brunnen, Schließung öffentlicher Toiletten. Bei Mängeln an Spielplätzen droht deren Sperrung auf unbestimmte Zeit, da auch hier die Mittel zur Instandhaltung gestrichen wurden.

In Friedrichshain werden viele der dezentralen Freizeitangebote für Seniorinnen und Senioren weggespart. Statt dessen soll eine zentrale Senioreneinrichtung am »Platz der Vereinten Nationen« entstehen. Dass gerade ältere Menschen auf wohnortnahe Angebote angewiesen sind, wird ignoriert. Besonders hart treffen die Kürzungen den Bereich der Jugendsozialarbeit: 300.000 Euro sollen hier eingespart werden. Schulstationen, Freizeit- und Sportangebote stehen auf der Kippe, die Schließung von Jugendclubs droht. Verantwortlich für diesen Kürzungswahn ist der SPD-CDU-Senat, allerdings hat die BVV-Mehrheit von SPD und Grünen diesem zugestimmt.

DKP



Leben und kämpfen in Friedrichshain- Kreuzberg

Die DKP-Gruppe Friedrichshain-Kreuzberg ist ein ziemlich bunter Haufen: von gerade mal über 20 bis über 80 Jahre alt, aus der DDR, West-Berlin und der alten BRD. Wir sind zu verschiedenen Themen aktiv:

- Wir engagieren uns gegen Neofaschismus – wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht!
- Wir arbeiten im Bündnis „Zwangsräumungen stoppen!“, um den Kampf gegen Verdrängung und steigende Mieten aufzunehmen.
- Wir unterstützen das Flüchtlingscamp am Oranienplatz in seinem Kampf gegen staatlichen Rassismus.

Uns eint ein Gedanke: Dieses kapitalistische Gesellschaftssystem überwinden! Wir kämpfen für den Sozialismus, eine Welt, in der die Grundlagen geschaffen werden für ein Leben ohne Ausbeutung, Kriege, Rassismus und Nationalismus! Dafür braucht man eine entschlossene Organisation – für uns ist das die DKP. Es gibt immer eine Menge zu tun. Eigentlich fehlt uns immer nur noch eine/r: **Und das bist Du!**

➤ KONTAKT & IMPRESSUM:

DKP Friedrichshain-Kreuzberg
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Web: dkpfriedrichshainkreuzberg.blogspot.de

V.i.S.d.P.: M. Größ, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin

➤ OFFENES TREFFEN:

Jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19.30 Uhr, Café Commune, Reichenberger Str. 157, Kreuzberg, U-Bahn Kottbusser Tor



KLASSENGEGNER ZUM AUSSCHNEIDEN & SAMMELN

NPD-NANNY MARIA FANK

NPD-Kader Maria Fank wird an der »Berliner Akademie für berufliche Bildung gGmbH« in Mitte/Kreuzberg seit dem Sommer dieses Jahres zur Sozialassistentin ausgebildet.



→ NPD-Kader Maria Fank wird an der »Berliner Akademie für berufliche Bildung gGmbH« in Mitte/Kreuzberg seit dem Sommer dieses Jahres zur Sozialassistentin ausgebildet. Später soll sie Elternbeiräte und soziale Einrichtungen beratend beistehen. Antifaschistische Organisationen wollen das verhindern. Mitte Oktober demonstrierten sie vor der Akademie.

Schulleiter Roland Schmidt meinte zunächst, die Einrichtung arbeite aktiv gegen Rassismus; diese politische Ausrichtung »wird durch einzelne Personen nicht unterwandert«. Damit verkannte er die Strategie der NPD. Es geht sicherlich auch um die Akademie, aber viel mehr um das, was danach passiert: Seit Langem schon dringen Nazikader in Vereine, Elternbeiräte, Nachbarschaftsinitiativen und andere selbst organisierten Verbände ein. Sie treten darin als in der Sache kompetente Mitbürger

auf. Dies tun sie ausschließlich, um Schritt für Schritt ihre politischen Auffassungen durchzusetzen und um Sympathisanten zu gewinnen. Dabei dient ihnen die Sache der unterwanderten Einrichtungen nur als Mittel zum Zweck! Der »Ring Nationaler Frauen« (RNF) gab 2010 laut Bundesregierung selbst bekannt, dass »Frauen in der nationalen Bewegung (...) zunehmende Anerkennung durch ihr politisches Engagement und ihren beruflichen und ehrenamtlichen Einsatz als (...) Tagesmütter oder Erzieherinnen bekämen« (siehe www.netz-gegen-nazis.de).

Maria Fank gehört zu diesen Frauen. Sie ist Landesvorsitzende der NPD-Unterorganisation RNF. Als Lebensgefährtin des NPD-Landeschefs Sebastian Schmidtke zählt sie zum Zentrum der hiesigen Neonaziszene. Auf deren Veranstaltungen hetzt sie seit Jahren gegen Migranten. Sie plädiert für Abtreibungsverbote für deutsche Frauen und ein »Muttergehalt«. Es werde durch die offizielle Politik der »deutsche Volkstod vorangetrieben« – so Fank etwa am 1. Mai 2013 in Berlin-Schöneide. Auch bei den Neonaziaktionen gegen das Flüchtlingsheim in Hellersdorf gehört sie zu den Protagonisten.

Inzwischen hat Akademieleiter Schmidt Fank einen Aufhebungsvertrag angeboten. Damit ist die Sache noch nicht vom Tisch. Der Druck muss bis zur Unterschrift erhöht werden. Maria Fank darf keine Sozialassistentin werden! ■